

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Insertate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Pettzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 22

Sonntag, den 31. Mai

1914

Sächsische Reaktion gegen die Arbeiter.

Wenn die junkerlichen Reaktionen im Reichstag über preußischen Landtag gegen die Arbeiter Ausnahmegesetze verlangen, so können die reaktionären Konservativen Sachsens nicht zurückbleiben. Sie waren ja von jeher eine den Ostelbieren verwandte reaktionäre Clique, die den sächsischen Landtag zu einem Tummelplatz reaktionärer Streiche gemacht haben, und auch heute noch diesem Bestreben fröhnen, obgleich sie nur ein reichliches Drittel der Mandate für die 2. Kammer besitzen.

Und wenn es gegen die Arbeiter geht, finden sie allezeit willige Helfer in den Nationalliberalen, den Vertretern des industriellen Ausbeuterkapitals. Als das Sozialistengesetz noch bestand, schürten die beiden Parteien gemeinsam die Hege gegen die sozialdemokratischen Arbeiter. Als aber das Sozialistengesetz gefallen war, verteidigten beide Parteien die ausnahmegesetzliche Behandlung der Arbeiter, wie sie unter fälschlicher Berufung auf das damalige sächsische Vereinsgesetz von Polizei und Gerichten weiter betrieben wurde.

Seit jener Zeit sind nun zwar die Konservativen in Folge des Wachstums der Sozialdemokratie in Landtagen stark dezimiert worden, aber sie sind die alten Reaktionen geblieben, die bei ihren neueren Attacken gegen die Arbeiter auf die Hilfe der Nationalliberalen rechnen und auch sicher rechnen können, wie nachverzeichnete Vorgänge beweisen.

Gleich den Junkern im Reichstag stellten die Konservativen im sächsischen Landtag den Antrag, das Streikpostenstehen zu verbieten und stärkeren Schutz für die Arbeitswilligen zu schaffen. Mit bornierter Fähigkeit hielten sie an diesen Forderungen fest, obwohl sie im Reichstag abgelehnt worden waren. Der Dallwitz — der vor kurzem nach Straßburg als Statthalter versetzte preußische Polizeiminister — hatte es ihnen angetan. Seine Verfolgungsmethode gegen die Gewerkschaften fand ihren ganzen Beifall. Daher versuchten sie auch mit allen Mitteln, noch vor Schluß des Landtages ihren arbeiterfeindlichen Antrag zur Erledigung zu bringen, der ein Verbot des Streikpostenstehens und des Boykotts forderte. In der Deputation (Kommission) des Landtages aber, in der jener Antrag beraten wurde, stellten die sozialdemokratischen Mitglieder ihrerseits Anträge, die dem Schutze des Koalitionsrechtes dienen sollten.

Die Beratung stellt nun einen jener traurigen parlamentarischen Kämpfe dar, die von einer machtkrunkenen Mehrheit mit widergesetzlicher Rücksichtslosigkeit, ja mit Vergewaltigung zum Abschluß gebracht werden. Als die konservativ-nationalliberale Mehrheit in geschäftsbewußter Weise die Abstimmung über die vorliegenden Anträge vornehmen wollte, protestierten die sozialdemokratischen Abgeordneten dagegen, verließen die Sitzung und erklärten, die Abstimmung sei von vornherein ungültig. Trotzdem wurde sie vorgenommen und der konservative Antrag abgeändert angenommen. Der Antrag lautet:

- a) Eine Verordnung über das Verhalten der Polizeibehörde bei gewerblichen Streitigkeiten zu erlassen;
- b) im Bundesrate dahin zu wirken, daß die Willensfreiheit des einzelnen Staatsbürgers gegenüber den bei Wirtschaftskämpfen hervortretenden Ausschreitungen, von welcher Seite sie auch ausgehen, durch Strafvorschriften, sowohl im Strafgesetzbuch wie in der Gewerbeordnung einen ausreichenderen Schutz erhält, als er jetzt vorhanden ist.

Ein hierzu gestellter Antrag der Sozialdemokraten, der auch Bestrafung fordert, wenn die Willensfreiheit durch schwarze Listen und Maßregelung wegen Zugehörigkeit zur Organisation erfolge, wurde abgelehnt.

Dam soll der Antrag in letzter Minute vor Schluß des Landtages noch durchgedrückt werden. Und was wird dann geschehen?

Uns denkt, daß die ganze Aktion nur als ein Verdammnis für die Regierung und die sächsischen Behörden gedacht und gemacht worden ist, die bisher schon die Gewerkschaften nach der Schablone behandelt, wie sie neuerdings vom preußischen Polizeiminister geliefert worden ist. Ob die Regierung eine neue Verordnung, dem Antrage entsprechend, erlassen wird oder nicht, ist insofern gleichgültig, als sie mit oder ohne Verordnung den Kampf gegen die Gewerkschaften doch betreibt. In Sachsen ist man ja nicht weniger an polizeiliche Schikanen gewöhnt, als in Preußen.

Glaubt man aber in Sachsen, die reaktionäre Hege führen und die Reichsbehörden scharf machen zu müssen, so ist das überflüssig, wie aus den Erklärungen Delbrücks im Reichstage gegenüber den Anträgen Scheidemanns unschwer zu erkennen ist. Und hielten die sächsischen Reaktionen einschließlich der Regierung es für notwendig, ihre unentwegte Rücksichtslosigkeit vor der Welt zu bestätigen, so

ist auch das überflüssig, denn diese ist sprichwörtlich geworden.

Für die Gewerkschaften ist es seit Jahren ein Gebot der Notwendigkeit, gegenüber der rasend zum äußersten treibenden kapitalistischen Entwicklung mit aller Macht zu rufen, um nicht von der Ausbeuterübermacht überrannt zu werden. Die Nadelstichpolitik der sächsischen Regierung, die rabiaten Forderungen der preußischen und sächsischen Reaktionen, die Verordnungen der Dallwitz und Konsorten, kurz mit allen polizeilichen und gerichtlichen Mitteln kann man den Gewerkschaften nicht das Lebenslicht ausblasen. Vielmehr werden sie den Kampf mit dem Ausbeutertum nur um so schärfer und rücksichtsloser führen, je mehr ihre Feinde die Bahn legaler Bekämpfung verlassen und ihnen — statt ihre Tätigkeit gesetzlich zu stützen und zu schützen — heimtückisch den Boden entziehen wollen, auf dem sie ihre Kulturmission zu vollziehen haben.

Ob also die preußischen oder die sächsischen oder sonst welche Reaktionen gegen die Gewerkschaften rufen, sie werden an der Solidarität der Klassenbewußten Arbeiter sich den Kopf einrennen. Die Zeiten sind für immer vorbei, in denen man die Arbeiter glaubte durch Gewaltmaßregeln einschüchtern zu können. So viel könnte auch der reaktionäre Dickkopf gelernt haben. Wenn nicht, dann um so schlimmer für die Gewaltpolitik.

In der Tat haben die bürgerlichen Parteien in der letzten Sitzung des Landtags obigen Antrag noch durchgedrückt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten verließen, als die Beratung des Antrags vorgenommen werden sollte, den Sitzungssaal, weil sie gegen die geschäftsordnungswidrige Abstimmung in der Deputation bereits protestiert hatten. Somit ist die Angelegenheit **Kangas** im Plenum zum Schluß gekommen, gleich einer internen Angelegenheit des Ausbeutertums, das in den Konservativen und Nationalliberalen seine Vertreter besitzt. Damit ist ein weiterer Beweis für die skrupellose Ausnützung kapitalistischer Hebermacht geliefert. Die Arbeiter werden sich danach zu richten wissen.

Um die Arbeiterjugend.

Die jugendlichen Arbeiter in den Kreis nationaler Vereine zu ziehen, sie zur Staffage für allen möglichen Klimbim zu mißbrauchen, überhaupt sie zu verbieten und der proletarischen Jugendbewegung zu entziehen, werden von den bürgerlichen Parteien alle möglichen Versuche gemacht. Doch auch amtliche Kreise widmen sich mit Eifer dieser Aufgabe. Im preußischen Landtage hat sogar die Regierung finanzielle Unterstützung der bürgerlichen Jugendbewegung gewährt.

Dieser größere Eifer ist hervorgerufen, seit die proletarische Jugendbewegung sich stärker bemüht, die Arbeiterjugend vor dem Mißbrauch zu allerhand arbeiterfeindlichen Zwecken zu bewahren und sie für die selbständige Vertretung ihrer eigenen Interessen zu erziehen. Da nun bürgerliche und proletarische Jugendbewegung sich direkt entgegenstehen, können Kollisionen nicht ausbleiben. Zwar sucht die Polizei, wie immer, den Bürgerlichen zu Hilfe zum kommen — und wir haben manchen sonderbaren Polizeifakt gegen die proletarische Jugendbewegung mitteilen können — aber die Polizeihilfe ist unwirksam gegenüber dem starken inneren Drange der Arbeiterjugend, sich der bürgerlichen Betörung zu entziehen.

Erstaunlich kann es niemand sein, daß die Arbeiterjugend sich von dem nationalen Klimbim mehr und mehr abwendet. Erstens tritt dieser Klimbim zu kindisch und zu lächerlich auf, dann aber ist es doch selbstverständlich, daß die Millionen klassenbewußter Arbeiter durch ihr selbständiges, kräftiges und verständiges Auftreten dem jugendlichen Nachwuchs der Arbeiter ein gutes Beispiel geben, das erzieherisch auf ihn einwirkt und ihn danach streben läßt, die gleichen Bahnen zu wandeln. Die stärkste Anregung zur proletarischen Jugendbewegung gibt aber die Erziehung der Millionen sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter, die in ihrem Familienkreise für die Ausrottung der Anteilnahme an bürgerlichem Klimbim sorgen.

Je besser dies gelingt, um so schneller schreitet die Arbeiterbewegung überhaupt vorwärts, denn auf gerichtetes Denken Jugendlicher läßt diese leichter das Ziel der Arbeiterbewegung erkennen, wenn sie in die Reihen erwachsener tritt, um dort ebenfalls den Interessen der Arbeiter entsprechend zu handeln. Gerade das ist es, was die bürgerlichen Jugendbetörer fürchten. Darum machen sie die verzweifeltsten Anstrengungen, die Arbeiterjugend für sich einzufangen durch äußerliches Gepränge, Anzüge, militärische Spielerei und sonstigen Firlefanz.

Der „Jungdeutschlandbund“, zu diesem Zwecke gegründet, wird nicht bloß paatlich inszeniert, ihm steht sich alles zur Verfügung, was im Kampfe gegen die Ar-

beiterbewegung tätig ist. Diesem „Jungdeutschlandbund“ ist jüngst ein lustiger Reinfall passiert. In Essen hatte er eine große öffentliche Versammlung arrangiert, zu der speziell die Eltern aller Kinder eingeladen waren. Wie diese Demonstration für den Jungdeutschlandbund verlief, davon mag der nachstehende Bericht Mitteilung geben:

Eine Eltern demonstration gegen den Jungdeutschlandbund.

Ein seltener Empfang wurde dem Generalfeldmarschall v. d. Solth, der als Agitator für den Jungdeutschlandbund das ganze deutsche Land durchreist, am Sonnabend in Essen bereitet. Herr v. d. Solth wollte in einer ausserlesenen Gesellschaft einen Vortrag über das Wesen seines Bundes halten. Der Saal war schon vor Beginn von 2½ Tausend Personen überfüllt und mußte polizeilich abgesperrt werden. Hocherfreut über die durch den Besuch ihm zuteil gewordene „Ehrung“ begann der Feldmarschall seine Rede mit militärischem Schmied. Um die Aufmerksamkeit der Versammlung auf sich zu lenken, stampfte er tüchtig mit dem Säbel auf den Boden. Damit war die Tendenz des Vortrages angekündigt. Nach der anderthalbstündigen Rede brachte der Versammlungsleiter ein Hoch auf den Generalfeldmarschall aus. Als aber die Hälfte der Versammlung, die ausgerechnet in den vorbesten Reihen ihren Platz hatte, demonstrativ sitzen blieb, machten die Arrangente auf der Bühne recht verdußte Gesichter und wußten nur einen Rat: schlachten! Ohne das übliche Kaiserhoch und ohne die Versammlung offiziell zu schließen, ließen die müitigen Militärs eilends davon, noch ehe der Feind zum Angriff übergegangen war.

Diejen Feind bildeten 1200 Genossen, die erschienen waren, um der militärischen Jugendpflegern ins Angesicht zu sagen, daß sie sich vor der jungdeutschen Erziehungsbearbeit bestens bedanken und ihre Kinder davor bewahren werden. Diejen Schicksal sind die schneidigen Militärs durch den eiligen Rückzug entgangen. So mußten sich unsere Genossen begnügen, ihre Meinung durch ein Hoch auf die Sozialdemokratie und den Geiang der Marzillaise, des Sozialistenmarsches und der Internationale zum Ausdruck zu bringen. Wie aufgeschuchte Küken flatterten die Damen in vornehmer Toilette erschreckt durcheinander, während ihre uniformierten Begleiter ob der Festigkeit ihrer vorgelesenen Kameraden vor Mut plaken wollten. „Donnerwetter, da hätten wir doch den Degen ziehen müssen“, schnarrt ein Artilleriereserveoffizier. „Fämmerliche Blamage“, jagte ein anderer Offizier. Der hatte die Situation richtig begriffen.

Als andere Genossen den Saal bereits verlassen hatten, stürmten von allen Seiten Polizisten en masse herein. Sie waren am eine Nasenlänge zu spät gekommen.

Sollten sich die Agitatoren des Jungdeutschlandbundes öfter an die Deffentlichkeit wenden in dergleichen Versammlungen, so könnte es zuweilen wohl zu einem gleichen Reinfall kommen. Doch sind das nicht ausschlaggebende Vorkommnisse für die Jugendbewegung. Je stärker sich die proletarische Jugendbewegung entwickelt, um so vielfältiger werden die Mittel sein, mit denen die Gegner sie bekämpfen. Das wird und muß aber um so anregender auf die Agitation wirken, die abwehrend auf die Gegner und werdend auf die Arbeiterjugend gerichtet ist. Wie bei allen Dingen wird auch hier der Kampf das belebende Element sein. Der Sieg freilich liegt in der Zukunft, von der die Arbeiter hoffen, daß sie ihnen den Sieg bringt.

Zur Taylormethode.

Walter Frederick Winslow Taylor ist unfreilich ein Mann mit gut entwickeltem Geschäftssinn. Nicht nur, daß er für blanke Dollar seine „Grundzüge wissenschaftlicher Betriebsführung“ in praktischer Form in amerikanischen Betrieben mit rund 50 000 Arbeitern bereits eingeführt hat — sein unter genanntem Titel erschienenenes Buch hat Aufsehen erregt und dem Verfasser eine schöne Stange Geld eingebracht.

Die in diesem Buche angewiesene Methode hat allerdings zunächst bei vielen Unternehmern helle Begeisterung ausgelöst. Welches Unternehmertum sollte auch nicht beim Studium solcher Literatur in starke Wallung geraten? Man denke: Die Anwendung des Systems verpflichtet große Profite und sette Dividenden. Und sie ist ja an und für sich so einfach, sie erfordert wohl einen größeren Beamtenstab, ist aber geeignet, die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters bis zu 400 pZt. zu steigern. Man beseitigt nur durch das wissenschaftlich erprobte Taylorsystem beim Arbeiter alle überflüssigen Handgriffe und schreibe ihm mit minutiöser Exaktheit und genau nach der Stoppuhr jede Arbeitsbewegung vor. Nur nach dem Instruktionzettel hat er sich zu richten. Jeder Handgriff, jede Armbeuge, jede Fußstellung, jeder Schritt unterliegt genauer Vorschrift. Sogar jede Ruhepause, die ja bekanntlich auch bei jeder Maschine notwendig ist, weil deren Betriebe ebenfalls hin und wieder geolmriert werden muß, wird dem Arbeiter nach genauer Taylorwissenschaft vorgeschrieben.

So sind schon auf diese Weise die glänzendsten Resultate erzielt worden. Ein Maurer, der früher 120 Steine in der Stunde verlegte, vermauert nach dem Taylorsystem 350, ein Arbeiter, der früher täglich 250 Zentner Kohlen transportierte, fördert jetzt in der gleichen Zeit 950 Zentner. Jedemfalls Resultate, die jedes Unternehmertum vor Aweide hüpfen machen . . .

Reichstagsdrit.

Und die Arbeiter? Nun, denen steigert man die Löhne. Allerdings nicht in dem Maße, wie man ihre Arbeitskraft steigert. Höchstens bis zu 100 pSt. Uebrigens ist der Menschenfreund Taylor an, die Löhne nicht zu stark zu erhöhen. Erhöht man nämlich den Lohn um über 60 pSt., dann neigt der Arbeiter leicht zur Verschwendung und dann lasse die Arbeitsleistung nach. Es sei nämlich — so versichert der smarte Amerikaner allen Ernstes — für die Arbeiter kein Glück, schnell reich zu werden. Selbstverständlich gilt dies bei Taylor nur für die Arbeiter, und die Unternehmer werden diesem Urteil jedenfalls ihr vollstes Verständnis entgegenbringen . . .

Welche Folgen hätte nun die Einführung des Taylorsystems für die Arbeiterschaft? Jedenfalls würde dabei ein Teil besonders kräftig entwickelter und geschickter Arbeiter wirtschaftlich besser gestellt werden. Sie erhalten höhere Löhne und können sich besser pflegen. Allerdings wäre diese bessere Pflege angeht der bis zur stärksten Intensivität gesteigerten Arbeitsleistung notwendig. Und im übrigen würde wohl nach einigen Jahren die bisher nach wissenschaftlicher Taylormethode aus dem Arbeiter gepumpte Arbeitskraft trotz aller guten Schmierens nicht mehr zu ersetzen sein. Dann aber hätte der Mohr seine Schuldigkeit getan und er stöge auf den proletarischen Komposthaufen, auf dem schon alle die minderwertigen Kräfte austrangiert lagern, die seinerzeit die Taylorische Druckprobe nicht aushalten konnten. . . .

Die Taylormethode wäre geeignet, dem Industrialismus eine Prätorianergarde zu liefern. Einen Stamm gutgenährter und kräftig entwickelter Arbeiter, die rücksichtslos ihrem Egoismus fröhnen und denen nicht so leicht zu Bewußtsein kommt, daß ihre intensiv betriebene physische Auspumpung das allgemeine Proletariatselend noch mehr vergrößert. Denn diese „wissenschaftliche Methode“ der rationalen Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft müßte naturgemäß die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftlichen Krisen noch mehr verschärfen und würde dazu führen, ein Arbeiterelend zu erzeugen, das unter Umständen einem Staatsgetriebe gefährlich werden könnte.

Hinzu kommt noch die Einbuße geistiger Kräfte, die sich mit der Zeit bei nach der Taylormethode beschäftigten Arbeitern einstellen muß. Während heute noch fast jede Handarbeit eine selbständige Geistestätigkeit zur Voraussetzung hat, kommt das Taylorsystem in Wegfall. Der Arbeiter soll ja nur noch gleich einem Automaten tätig sein. Er soll nur noch eine willens- und geistlose Arbeitsmaschine in Menschengestalt darstellen. Für ihn denken die Ingenieure und Werkleiter, die jede Bewegung des Arbeiters automatisch regeln. Auf diese Weise muß der Geist des Arbeiters verkümmern, er selbst wird unfähig, noch zu denken und sinkt zum gutgemäßen, willenlosen, denkfähigen Arbeitsautomaten herab.

Aus all den hier angeführten Gründen werden auf ihre Menschenwürde haltende europäische Arbeiter es ablehnen, sich zu den Taylorischen Experimenten herzugeben. Mag diese Methode im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten einigen Erfolg haben und mögen auf diesem Gebiete auch schon bei uns bescheidene Anfänge vorhanden sein, die Taylormethode wird und muß ihr Damaskus finden. Sie muß scheitern am natürlichen menschlichen Widerspruch, denn sie läuft darauf hinaus, alles Menschliche aus dem Arbeiter herauszupressen. Dazu geben sich aber die Arbeiter denn doch nicht her, vor allem nicht, wenn sie einer Gewerkschaftsorganisation angehören, zu deren Aufgaben auch die Hochhaltung der Arbeiterwürde und das Streben nach höherer Kultur gehört.

Gewiß, den Unternehmern würde die Taylormethode behagen. Sie verspricht höhere Profite und für diesen Preis sind viele von ihnen geneigt, auf alle ethischen Werte der Menschlichkeit zu verzichten. Es paßt auch den feudalen Junkern, wenn eine solche Methode möglichst reiflos durchgeführt würde. Man denke: Jede selbständige Handlung, alles Denken bei den Arbeitern hörte auf. Die ganze Welt würde eine einzige große Kaserne, die zwei Spezies von Menschen beherbergt: Militärsautomaten und Arbeitsautomaten. Beide Kategorien haben Köpfe zu dem Zwecke, daß sie sehen, hören, riechen und dem Körper Nahrung zuführen können. Das Denken aber ist nicht mehr nötig. Beide Spezies führen ferner jede Bewegung nur noch nach Instruktion und Kommando aus, der Parade marsch, die Mauererei, die Gewehrgriffe, die Fabrikarbeit, das Feilen, Hobeln, Zimmern, und zum Schluß werden beide Gruppen vereint zum gemeinschaftlichen Kommisbrotessen mit Weißwürsten. Ein Ideal für jeden Junker, General, Industrieherrn und honesten Patrioten. Nichts mehr vom verhassten Amüßung und der bösen Gewerkschaftsbewegung, der ganze Erdball bevölkert von einer willenlosen Menschenmenge, die dirigiert wird vom gutbezahlten Handlangers der oberen Kräfte, die vom erzeugten Reichtum das Zeit abklopft und den Arbeitsautomaten einige unerlässlich notwendige Brocken zuwirft . . .

Doch die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Das anfänglich begeisterte Rauichen im kapitalistischen Blätterwalde nach Bekannwerden der Taylormethode ist einem stillen Säufeln gewichen. In Amerika opponieren die Arbeiter bereits gegen die Taylorwohlthat, sie wollen deren Vorteile nicht einsehen und wollen wieder zurück zum alten System; noch haben sie das Denken nicht verlernt, und ihr Menschengeist bäumt sich auf gegen die ihm zugegebene Verkümmelung. Und auch in reichsdeutschen Unternehmerrättern machen sich schon Bedenken gegen die „Grundzüge wissenschaftlicher Betriebsführung“ bemerkbar. Sogar ein Felix Kub, der sonst unentwegt zur schrankenlosen Arbeiterausbeutung steht, erklärt im größten deutschen Schachmacherorgan, der „Arbeitsbeziehung“, daß mit dem Taylorismus die Entwicklung der Arbeitsteilung auf einem Punkt angelangt sei, wo die Wohltat zur Plage, der Segen zum Fluch wird.

So wird jedenfalls die Methode des smarten Ingenieurs F. W. Taylor an ihrer eigenen menschlichen Strupelhaftigkeit zugrunde gehen. Und spätere Geschlechter werden raunen, bis zu welcher Absurdität sich die unternehmerische Ausbeutungswut verschleppen konnte.

Die 2. Lesung des Stats zu Ende ging, wurde der Welt die Jämmerlichkeit des deutschen Parlamentarismus einmal recht anschaulich gemacht. Bei dem Stat des Reichstages unternahm es Genosse Ledebour, die Uebelstände aufzuzeigen, unter denen der Reichstag nicht zu Ansehen gelangen kann. Da es in der Hand der Regierung liegt, den Reichstag einzuberufen, wann es ihr beliebt, so ist es klar, daß eine absolutistisch geneigte Regierung dies so ausnützt, daß der Reichstag spät einberufen und möglichst knappe Zeit zusammengehalten wird, trotzdem die Geschäfte der Gesetzgebung, selbst der Stat von Jahr zu Jahr wachsen. Aber je weniger das Parlament zusammen ist, um so weniger ist von ihm die Rede. Das Volk soll sich nicht an den Parlamentarismus gewöhnen, sonst mißt es ihm mehr Bedeutung bei. Es soll nur sein Heil in der Regierung sehen.

Darum sagte jüngst der Abgeordnete Müller-Meinungen, „man behandelt uns wie Schulbuben“. Auch das Diktatgesetz ist so gehalten, daß es starke Unzutraglichkeiten für die Arbeiten des Reichstages mit sich bringen muß. Geradezu unverständlich sind einzelne Bestimmungen. Schuld an dieser Herabdrückung des Reichstages sind die bürgerlichen Parteien, die sich von der Regierung alles bieten lassen, wenn sie auch gelegentlich mal aufmucken, wie z. B. in der Fabernaffäre. Aber ein Weilchen nur, dann klappen sie elend zusammen und machen damit die Sache nur schlimmer.

Auch in den letzten Tagen vor Schluß der Session trat dies zutage. Die dritte Lesung des Stats wäre lang- und langlos vorübergegangen, wenn nicht wieder Genosse Ledebour als einziger Redner in einer schneidig-satirischen Rede die ganze Misere der inneren Politik aufgerollt hätte. Wie Geißelhiebe sauste seine Kritik auf die Regierungsmänner hernieder, deren Schwächen und Unzulänglichkeit er schonungslos aufdeckte. Das mußte gegenüber der hochfahrenden Einbildung der Regierungsgenossen um so drastischer wirken. Und es brauchten auch wahre Lachsalben auf Kosten der Regierung durch das Haus. Ja, den Mut des Lachens bringen Bürgerliche grad noch auf, wenn ein sozialdemokratischer Redner die Regierung mit Hohn überzieht, vor der die bürgerlichen Lächer doch zusammenklappen, wenn es gilt, die Rechte des Parlaments zu wahren und seine Würde zu verteidigen!

Ledebour ließ die reaktionär-übermütigen Handlungen der Regierung noch einmal Revue passieren, auch die Gegegen die Gewerkschaften, sowie die Absage einer Wahlreform für den preussischen Landtag, die der neue preussische Polizeiminister von Löbell im preussischen Abgeordnetenhaus auf eine Anfrage erteilt hatte, unterlag seiner herben Kritik. Was? Schonung einer Regierung gegenüber, die den Arbeitern Rechte beschränkt und sie hindern will, ihre Interessen gegenüber dem kapitalistischen Ausbeutertum zu vertreten! Nein! Darin hatte Ledebour Recht, gegen eine solche Regierung muß harter Kampf die Lösung sein.

Dem Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, stellte Ledebour das Zeugnis aus, daß er „ein Staatssekretär für die Verschleierung der sozialen Rücksichtlosigkeit“ sei. Er ersuchte damit die Aufräge der Großindustrie, daß alle sozialreformerischen Bestrebungen eingestellt werden müßten.

Die Regierung erlitt auch in der 3. Lesung des Stats einige kleine Niederlagen. Dem Staatssekretär der Justiz wurde der „sechste Reichsanwalt“ verweigert und dem Staatssekretär der Post die Postmarkenzulage, die als Prämie für die gewaltsame Germanisierungspolitik der preussischen Regierung in Polen wirken sollte. Über unverdrossen darüber wüßte die Regierungsmaschine weiter.

Zwischen 2. und 3. Lesung des Stats kam die „Besoldungsvorlage“ dran, die die Regierung nur nach ihrem eigenen Ermessen gestalten wollte. Deshalb war es schon in der Kommissionsberatung zum Krach gekommen, so daß alle Parteien einstimmig waren und sich auf bestimmte Veränderungen beschränkten, die aber die Regierung prozig für unannehmbar erklärte. Die gehobenen Unterbeamten sollten nämlich spätestens im nächsten Jahre auch eine Gehaltserhöhung bekommen. Das lehnte die Regierung, die dagegen für höhere Beamte und Deckoffiziere eine Gehaltzulage nötig hielt, ab.

In der dritten Lesung fielen jedoch die Konservativen, Nationalliberalen und Fortschrittler um, Kompromissellen mit der Regierung und wollten die Gehaltserhöhung für die gehobenen Unterbeamten bis zum Jahre 1916 verschieben. Außerdem war die Form dieser Verschiebung eine äußerst zweifelhafte, die der Regierung ziemlich freie Hand gab. Daran scheiterte der Kompromiß, der einen klamablen Umfall des Reichstages bedentet hätte. Da die Mehrheit des Reichstages festhielt, so wird die Besoldungsvorlage nicht Gesetz, weil die Regierung starrköpfig an ihrem „Unannehmbar“ festhielt. Die kleinen Beamten werden es ihr gewiß — danken.

Bemerkt muß noch werden, daß das Unterbuden des Reichstages, d. h. die Annahme der Besoldungsvorlage nach den Wünschen der Regierung belohnt werden sollte mit der Vertagung des Reichstages, d. h. mit der Fortdauer der Gültigkeit der Freifahrkarte. Daran ist zu ermessen, wie tief die Regierung den Reichstag einschätzt.

In dritter Lesung wurde unter anderem noch erledigt das Konkurrenzklauelgesetz, das Duellgesetz des Reichstages, die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige, die Dampfersubventionen speziell für die Australinien, die Militärstrafgeseknovelle. Auch wurde zum Stat des Innern eine Resolution angenommen, die beschleunigte Durchführung des Hausarbeitsgesetzes verlangt, worauf wir noch besonders zurückkommen werden.

Ein sozialdemokratischer Antrag, nach dem Scheitern der Besoldungsvorlage im Stat 2 1/2 Millionen Mark einzusetzen für eine Zulage von 100 Mark jährlich

für die Landrießträger, wurde abgelehnt, weil die Regierung mit der Auflösung des Reichstages droht haben soll, falls der Antrag angenommen werde. Auch ein Beweis, wie die Regierung ihre bürgerlichen Pappenheimer lennt.

Zum Schluß wollten die Agrarier noch einen Antrag durchbringen, der die Einführung billiger Futtermittel erschweren sollte. Bei der Abstimmung (Stimmensprung) stellte sich jedoch Beschlußfähigkeit des Reichstages heraus.

Sofort wurde eine neue Sitzung anberaumt, in der der Schluß des Reichstages vollzogen wurde. Die letzten Minuten spielten sich folgendermaßen ab.

Staatssekretär Dr. Delbrück verließ, während die bürgerlichen Abgeordneten sich erheben, die kaiserliche Ermächtigung, den Reichstag am 20. Mai zu schließen. Er überreichte die Urkunde dem Präsidenten und erklärte die Session für geschlossen.

Präsident Dr. Kaempf: Wir aber trennen uns mit dem Aufe: Se. Majestät Kaiser Wilhelm II., er lebe hoch!

Die bürgerlichen Abgeordneten stimmen in diesen Hochruf ein, während die Sozialdemokraten sitzen bleiben.

Dr. Kaempf zieht einen Bettel heraus und lieft vor: Ich spreche mein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß ein Teil der Mitglieder dieses Hauses sich an unserer Kundgebung nicht beteiligt hat. (Stürmische Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Die Session ist geschlossen! Sie haben gar nichts mehr zu sagen! Das ist unsere Sache! Kümern Sie sich nicht um Dinge, die Sie nichts angehen!) Wir bringen in dem Hoch auf den Kaiser die Ehrfurcht zum Ausdruck, die wir dem höchsten Repräsentanten des Deutschen Reiches schulden. (Lärmender Beifall bei den bürgerlichen Parteien. Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Rundschau.

Der Zuchthäusler als Polizeispigel. Vor der Strafammer in Breslau stand der mit Zuchthaus vorbestrafte Ringkämpfer Theodor Pein wegen Diebstahls. Er hatte mit einem Komplizen und einer Dirne zusammen 600 A gestohlen. Diesen Raub haben die drei dann unter sich verteilt. Pein verteidigte sich damit, daß er als Polizeispigel beim Breslauer Polizeipräsidium angestellt sei und die Straftat nur „in Ausübung seines Amtes“ ausgeführt habe. Er sei sogar schon an andere Polizeibehörden ausbezogen und dahin instruiert worden, daß er strafbare Handlungen ruhig mitmachen solle, um die Täter dann um so sicherer der Polizei auszuliefern. Die darüber befragten Kriminalkommissare bestätigten, daß Pein im Dienste der Polizei stehe, erinnerten sich aber nicht genau der obigen Instruktion. Trotzdem retieten sie den Herrn Pein vor dem Gefängnis. Während die anderen beiden Angeklagten je ein Jahr Gefängnis erhielten, kam Pein frei. Das Gericht nahm an, daß er nur seine Spizelpflicht erfüllt habe.

Die Staatskasse übernahm auch die Kosten für diesen Helfer der Breslauer Polizei!

Die Ehre eines Arbeitswilligen vor dem Kriegsgericht. Vor dem Kriegsgericht der II. Marine-Inspektion in Wilhelmshaven hatte sich dieser Tage der Matrose Dittrich wegen Bedrohung eines Arbeitswilligen zu verantworten. Er war beschuldigt, im August 1911, als er nach erfolgter Aushebung bereits unter Militärgefehen stand, in Magdeburg gelegentlich eines Streiks einen Arbeitswilligen Ehrentraut mit einer Latte bedroht zu haben. Hierbei soll er geäußert haben: Heute abend schlagen wir dir die Knochen entzwei! In der Verhandlung gab der Angeklagte dies zu und motivierte sein Verhalten mit der Empörung, die ihn wegen der Handlungsweise Ehrentrauts gepackt habe.

Der Anklagevertreter beantragte 5 A Geldstrafe, das Gericht erkannte mit der Begründung auf 15 A oder drei Tage Gefängnis, eine Latte sei immerhin ein gefährliches Werkzeug.

Der babische Kultusminister über die Arbeiterjugendbewegung. Die letzten Tage boten Gelegenheit in der Zweiten babischen Kammer, auch die Arbeiterjugendbewegung zu besprechen. Die Merkmalen forderten den Kultusminister auf, vor der Arbeiterjugendbewegung auf der Fuß zu sein. In seiner Antwort erklärte der Kultusminister:

„Ich muß von vornherein zu der sozialdemokratischen Jugendpflege sagen: Die Sozialdemokraten sind früher gekommen als die bürgerlichen Kreise. Ich meine damit selbstverständlich nicht die konfessionellen Vereine, aber ich meine die anderen, den Jungdeutschlandbund, die Pfadfinder, den Wandervogel usw. Die Arbeiter-Jugendorganisationen liegen früher und sind in einer geradezu großartigen Weise von seiten der Sozialdemokraten gefördert worden. Das, was da geschehen ist und geschieht an Opferwilligkeit, das muß den bürgerlichen Vereinen als Beispiel dienen; ich will auch durchaus nicht bestreiten, daß das, was geleistet worden ist, z. B. im Kampfe gegen den Alkohol, sehr gut ist. Aber die ganze Gesinnung, die darin großgezogen wird, bedauere und beklage ich (sehr richtig!), weil sie lediglich auf eine Zerreißung unseres ganzen Volkes hinausarbeitet. (Sehr richtig!) Wenn ich die „Arbeiter-Jugend“ betrachte, so finde ich ein Organ, so ausgezeichnet geleitet, mit so viel Klugheit redigiert, daß man davon lernen könnte. Aber in den einzelnen Nummern der „Arbeiter-Jugend“ sind die Vorkörner so geschickt zerstreut unter guten Artikeln, daß sie unbedingt mitgeschluckt werden müssen (sehr richtig!), und das ist das Bedauerliche, das Tieftraurige, die furchtbare Gefahr.“

Schuppenstedter Streiche. In dem durch seine Schildbürgerstreiche zur Berühmtheit gelangten Schuppenstedt führt der Bürgermeister einen heftigen Kampf gegen die Jugendbewegung. Ein Parteigenosse veranstaltet dort Spiele für die Jugend und alle Versuche des Bürgermeisters, die Jugend von diesen Spielen fernzuhalten

und bis jetzt erfolglos geblieben. Der Bürgermeister griff deshalb zu einem anderen Mittel: Auf Grund des § 11 des Statuts der Handwerker-Fortbildungsschule verhängte er gegen einen Lehrling wegen Teilnahme an diesen Spielen 3 A Geldstrafe event. einen Tag Haft! Der angezogene Paragraph lautet: „Sie (die Schüler) dürfen politische, Streik- und ähnliche Versammlungen nicht besuchen, sich auch an Veranstaltungen und Vereinigungen nicht beteiligen, die staatsfeindlichen Bestrebungen Vorschub leisten.“

Das Haus des Spielers, Genossen Jürgen, wird von Spizeln bewacht, die die ihn besuchenden Lehrlinge denunzieren sollen. Trotzdem wird Genosse Jürgen mehr wie zuvor von den jungen Leuten besucht. Gegen die Strafmandate wird selbstverständlicher gerichtlicher Entscheidung beantragt werden. Die Schöpferstetler Jungens haben jedenfalls gezeigt, daß sie besser sind wie der Ruf Schöpferstetler.

Die Fortbildungsschule im Dienst des Unternehmers. In Eilenburg streifen seit einigen Wochen die Formsticker, um der geradezu zu einer Gefahr für den wenig ausbreitungsfähigen Beruf gewordenen Lehrlingszukunfterei Einhalt zu tun, nachdem alle Versuche zur Schaffung einer einigermaßen erträglichen Lehrlingskasta an dem „Herr im Hause“-Standpunkt einiger Unternehmer gescheitert waren. Ergab doch eine kurz vor Ausbruch des Konflikts gemachte Aufnahme, daß bei 49 am Orte beschäftigten Gehilfen 52 Lehrlinge „ausgebildet“ wurden, eine Zahl, die im Verhältnis zum Bedarf unerhört genannt werden muß, da es den Ausgelernten kaum möglich ist, im Beruf Arbeit zu bekommen. Da einige Lehrlingszüchter sich absolut zu keinem Vergleich bequemen wollten, wurde der Streik erklärt. Jetzt kommt die Leitung der gewerblichen Fortbildungsschule den bedrängten Lehrlingsausbeutern zu Hilfe, indem sie die Mehrzahl der fortbildungsschulpflichtigen Formstickerlehrlinge vom Schulbesuch dispensiert. Das Empörendste an dem Eingreifen der Schulleitung in einem Kampf zwischen Arbeiter und Unternehmer ist, daß dieser Kampf gerade im Interesse einer gelunden Lehrlingsausbildung geführt wird, und die „dispensierten“ Lehrlinge also gezwungen sind, ihre eigenen Interessen mit Füßen zu treten. Diese Maßnahme der Schulleitung — selbst in Zeiten der Hochkonjunktur wurden bisher die Schüler nicht vom Unterricht dispensiert — zeigt auf neue, daß die von den Unternehmern als notwendiges Übel betrachtete Fortbildungsschule im Reiche der Jugendpflege nichts anderes ist, als ein neues Instrument zur Bekämpfung der Arbeiter.

Die christliche Landarbeiter-„Gewerkschaft“. Im Verlauf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ist soeben der erste Geschäftsbericht des christlich-nationalen Landarbeiterverbandes erschienen. Die Gründung des Verbandes führt, was von ihm selbst nicht bestritten wird, auf die energische Agitation des freigewerkschaftlichen Landarbeiterverbandes zurück. Aus Rücksicht auf die freie Gewerkschaft hat man dem Verband auch eine Organisationsform gegeben, die eine Gewerkschaft vorzuziehen soll, während man bis dahin gehofft hatte, die Landarbeiter in den katholischen Arbeitervereinen festhalten zu können. Wie weit aber der christlich-nationale Verband von einer wirklichen Gewerkschaft entfernt ist, legt er in seinem ersten Geschäftsbericht dadurch klar, daß er es weit von sich weist, das Streikrecht in Anspruch zu nehmen. Es wird des längeren erörtert, daß für einen Landarbeiterausstand in Deutschland die Vorbedingungen fehlten, eine Arbeitsniederlegung könne kaum anders als nur unter Kontraktbruch erfolgen. Solche Ziele aber lehne die christlich-nationale Organisation ab. Derartige Streiks seien nur möglich, wenn es der Sozialdemokratie gelänge, die Landarbeiter für politische Ziele zu gewinnen. Der beste Schutz dagegen sei die christlich-nationale Landarbeitbewegung, die grundsätzlich auf dem Boden der Vertragstreue stehe und keine Bewegung unterstützen werde, die unter Kontraktbruch begonnen wird.

Der „Westdeutsche Landwirt“ (Nr. 17), eine Beilage der „Köln. Volksztg.“, ist von diesen braven Grundsätzen so entzückt, daß er den christlichen Landarbeitern folgendes Zeugnis für gutes Wohlverhalten ausstellt: „Ihre Erziehungsarbeit wird wesentlich mit dazu beitragen, die Gefahr eines Generalstreiks der Landarbeiter einzudämmen oder zu beseitigen. Voraussetzung ist, daß man die wahrhaft staatszerstörerische Arbeit von seiten der öffentlichen Gewalten und der beteiligten Interessententeilen anerkennt und dem Verband nicht hindernd in den Weg tritt, sondern seine Ausbreitung fördert. Es ist eben eine Lebensfrage für unsere Nation und für die einzelnen Parteien, ob es gelingt, frühzeitig die Landarbeiter einer christlich-nationalen Standesorganisation zuzuführen, oder aber, ob die Sozialdemokratie auch hier wieder wie in der Industrie weit voraus eilen soll, um unter der Flagge der „neutralen“ Standesbewegung weite Kreise mit ihren verheerenden Ideen zu erfüllen.“

Also die alte Titanen: Nicht Vertretung der Arbeiterinteressen, sondern Schutzwall für das Kapital gegen die wahre Vertretung der Arbeiterklasse. Das erste Geschäftsjahr des Verbandes schließt laut dem Bericht mit einer Mitgliederzahl von 3576 ab. Die derzeitige Mitgliederzahl wird auf etwa 4000 geschätzt. Die Einnahmen belaufen sich auf 50 515 M., die Ausgaben auf 48 101 M. Für Rechtschutz wurden 5500 M. und für Unterstützungszwecke „fast 5000 M.“ ausgegeben. Als Erfolg bucht der Verband einige Tarifverträge mit Wein- und Obstbauern und einem freiberuflichen Großgärtner. Die paar Verträge sind nur in pechschwarzen Gegenden abgeschlossen.

Arbeiterleben. Daß es im Deutschen Reiche, dem Lande der gesüllten Kompottschüssel, noch Arbeiter, die Familien besitzen, gibt, die noch nicht einmal 9 A wöchentlich verdienen, und zwar nicht bloß auf dem Lande, sondern auch in Städten, wird von den bürgerlichen Parteien und

den Organen der Regierung immer bestritten. Heute liegt uns eine Bekanntmachung vor, in der ein leibhaftiger Bürgermeister die Behauptungen von unserer Seite bestätigt. In der Nr. 93 der „Niederschlesischen Allgemeinen Zeitung“ in Sagan lesen wir nachfolgende

Bekanntmachung:
Der im Jahre 1848 von Herrn Kreisjustizrat Mehle gegründete Sparverein wird seine Tätigkeit auch in diesem Jahre, und zwar mit Sonntag, den 26. April, beginnen und mit Sonntag, den 15. November, schließen, so daß die diesjährige Sammlung wiederum aus 30 wöchentlichen Einzahlungen bestehen soll. Die Bedingungen, unter welchen die Beteiligung stattfindet, sind folgende:

1. Nur diejenigen hier ortsangehörigen Personen werden als Sparer zugelassen, welche Familie haben und wöchentlich nicht über 9 A verdienen.
 2. Die Einzahlungen dürfen nicht unter 25 S und nicht über 1,50 M sein, und die Absetzungen müssen stets mit 25 S abschließen.
 3. Die Einzahlungen sind regelmäßig allwöchentlich am Sonntag bei demjenigen Sammler zu leisten, in dessen Bezirk der Sparer wohnt.
 4. Wer mit den regelmäßigen wöchentlichen Einzahlungen ausbleibt, verliert seine Ansprüche an die Prämie und erhält seine eingezahlten Gelder ohne Prämie erst nach dem Schluß der Sammelperiode zurück.
- (Hier folgen nun die zehn Sammelstellen, neun Kaufleute und ein Bäckermeister.)

Wir stellen den Sparern auch in diesem Jahre für jede eingezahlte Mark eine kleine Prämie von 1 bis 2 S in Aussicht.
Sagan, den 15. April 1914.
Der Vorstand des Mehle'schen Sparvereins.
Achilles, Bürgermeister.

Was steht tiefer: die verdammte Genußsamkeit gewisser Arbeiter mit dem hundemäßigen Lohn von 9 A für einen Familienvater oder die beleidigende Zumutung dieser Bürgerkreise, diese wahrhaft „fürsliche“ Entlohnung nicht ganz zu verbrauchen, sondern davon noch über 15 Prozent auf die hohe Kante zu legen und eventuell die Familie hungern zu lassen, oder die Noblesse, welche einem gewissen Bürgertum zu eigen ist und die den Sparern 1 S bis sogar 2 S Prämie gewähren will? Jedenfalls tragen die durch Herrn Bürgermeister Achilles in Sagan geoffenbarten Verhältnisse unfreiwillig zur Agitation recht sehr bei.

Berichte.

Bildungsberichts. Die am 9. Mai stattgefundene Mitgliederversammlung war von 27 Kollegen besucht. Für unsere Zahlstelle ein beachtenswertes Resultat. Die Mehrzahl der Kollegen zieht es ständig vor, durch Abwesenheit zu glänzen. Dies ist grundsätzlich; es ist Pflicht, daß alle in unseren Versammlungen erscheinen. Denn dort ist der Ort, wo wir uns gegenseitig ausprechen und uns über unsere wirtschaftliche Lage informieren können. Die verdammte Interessenslosigkeit muß ausgegeben werden; aller persönlicher Haß und Streit verschwinden. Denn nur dadurch zerkleinern wir uns zur Freude der Unternehmer und zum Schaden unserer Organisation. Unsere Pflicht muß es sein, eine Besserstellung unserer Lage zu erringen. Denn auf diesem Gebiete haben wir noch viel zu tun. Die Landarbeiter sind die Paria der deutschen Arbeiterbewegung, d. h. diejenigen, die am jämmerlichsten bezahlet werden. Wollen wir vorwärts kommen, müssen wir bestrebt sein, unsere Organisation zu festigen und auszubauen. Agitieren und immer wieder agitieren, muß unsere Parole sein. Es muß versucht werden, diejenigen, die uns noch fernstehen, zu gewinnen. Auch bei uns in B. ist noch ein großer Teil, der unsern Reihen fernsteht. Man muß die Agitation nicht nur immer der Verwaltung überlassen, sondern ein jeder hat die Pflicht, mitzuarbeiten und zu helfen. Denn gerade die Agitation von Mund zu Mund ist die beste. Den Indifferenten rufen wir zu: Tretet ein in unsere Reihen! Kämpft mit uns für eine bessere Zukunft! — Die Tagesordnung war folgende: 1. Kassenericht vom 1. Quartal; 2. Kartellbericht; 3. Wahl des 1. Bevollmächtigten und eines Unterkassierers. Den Kassenericht erstattet Kollege Pitzchel. Die Einnahmen betragen 460,57 M., die Ausgaben 397,02 M.; es verbleibt ein Kassenericht von 63,55 M. Die Einnahme der Lokalfeste belief sich auf 77,07 M., die Ausgabe dagegen auf 66,30 A, so daß uns ein Kassenericht von 21,77 M. verbleibt. Den Kartellbericht erstattet der Kassierer. Gestreift wurde die Volksfürsorge, Jugendpflege, Matzeler. Bei letzterer wurde bedauert, daß die Landarbeiter so schwach vertreten waren. Wenn sie sich ihre missliche Lage vor Augen führen, wäre es ihre Pflicht gewesen, an diesem Tage zur Stelle zu sein und gegen die heutige kapitalistische Joll- und Steuerpolitik der herrschenden Parteien, unter der wir doppelt zu leiden haben, zu demonstrieren. An Stelle des Kollegen Fuchs, der sein Amt niederlegte, wird Kollege Alfred Kuhnert als 1. Bevollmächtigter gewählt; als Unterkassierer Kollege Schiewart. Unter Verschiedenes fanden noch einige Angelegenheiten ihre Erledigung. Zur Erledigung der Tarifbewegung wurde eine Kommission gewählt; dieselbe soll die Borearbeiten machen. Wir ermahnen die Kollegen zum Schluß nochmals: Besucht fleißig unsere Versammlungen! Agitiert und werbt neue Mitglieder!

Oderan. Am 17. Mai wurde hier eine Mitgliederversammlung abgehalten. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal; 2. Wahl; 3. Verbandsangelegenheiten. Die Abrechnung wird von dem Kollegen Kol vorgetragen; ihm wird Entlastung erteilt. Beim 2. Punkt: Wahlen, gibt der Kassierer bekannt, daß er mit anderen Arbeiten überlastet ist und an seine Stelle ein anderer Kollege treten muß. Es wird hierauf Kollege Ludwig Keimert einstimmig gewählt. Außerdem findet noch die Wahl zweier Kartelldelegierter statt; es werden die Kollegen Mar Schwohoda und Robert Seifert gewählt; Kollege Kol bleibt noch Delegierter. Unter Verbandsangelegenheiten dankt der Vorsitzende den Kassierer Kol für seine Tätigkeit sowie für seine 25-jährige Mitgliedschaft im Deutschen Tabakarbeiter-Verband und wünscht noch, daß er noch lange in unseren Reihen für das Wohl des Verbandes sowie der gesamten Arbeiterklasse weiterkämpfe. Darauf werden noch einige Verbandsangelegenheiten besprochen und die Mitglieder aufgefordert, sich zahlreicher an den Versammlungen zu beteiligen. Ausgezahlt soll nur an Kollegen werden, die hier in Arbeit treten.

Freiberg. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 16. Mai. Tagesordnung: 1. Arbeitsnachweis; 2. Kartellbericht; 3. Gewerkschaftliches. Zu Punkt 1 wurde vom Kollegen Wlose ein Schreiben des Sauleiters Gerloff vorgelesen, in welchem auch die Zahlstelle Freiberg sich an dem weiteren Ausbau des Zentralarbeitsnachweises des Bundes beteiligen soll. Desgleichen gab Kollege Wlose ein Reglement dieses Instituts bekannt. Es entspann sich eine lebhafteste Debatte, welche damit endete, daß ein Antrag gestellt wurde, zunächst im Prinzip abzustimmen. Das Resultat der Abstimmung war, daß die Zahlstelle Freiberg es ablehnt, sich an diesem Ausbau zu beteiligen. Den Kartellbericht gab Kollege Fuchs. Im Punkt Gewerkschaftliches wurde betreffend der stattgefundenen Hausagitation bedauert, daß man nicht größeren Erfolg gehabt habe. Man konnte auch hier wieder konstatieren, daß es noch viele organisierte Arbeiter anderer Berufs gibt, die es nicht

ist nötig hatten, ihre Frauen oder Töchter, die im Tabakarbeiterarbeiten, dem Tabakarbeiterverband zuzuführen. Weiter wurde noch eine Besonderekommission gewählt, und zwar die Kollegen Hermann, Troll, Jurich, Herloff und Wittefeldt, als Stellvertreter Frau Heyne und Kollege Knöschke.

Verbandsteil.
Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 8048.
Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Wahl-, Einschreib- und Verteilungen nur an B. Nieder-Welland, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-Ankauf-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Alenborg, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Giller, Altona-Dittenen, Fiedensallee 46 L, zu adressieren.

Bekanntmachungen.
Als verloren gemeldet: Von Minden i. B. das Mitgliedsbuch S. II, 42 127, lautend auf Wilhelm Wüller (Sortierer) aus Barham, geb. 27. 5. 1893, eingetr. am 8. 4. 1911. Kl. 3. (S. 602 B. S. 14.) Im Vorzeigungsfalle ist das Buch einzulösen. Im konstatieren und einzulösen ist die Wandertarte des Tabakpinner Robert Paulmann aus Klein-Wehungen, geb. 13. 8. 1889. S. II, 52 255. Kl. 3. Eingetr. 22. Juli 1908.
Aufenthaltsort angeben von dem Zigarrenmacher Geritt Schürmann aus Brämmen (Holl.), geb. 14. 1. 77, eingetr. 15. 3. 13. (S. 607 B. S. 14.) Vorstand.

Arbeitslosenstatistikarten.
Wir ersuchen die Bevollmächtigten aller unserer Zahlstellen, die mit der „Tabak-Arbeiter“-Sendung in ihren Besitz gelangte graue Statistikarte („Kaiserl. Statistisches Amt“) gewissenhaft zu beantworten und sie dem Vorstande in Bremen bis spätestens 5. Juni einzulösen zu wollen.
Als Stich- und Zähltag ist Sonnabend, 30. Mai d. J. zu nehmen.
Mitglieder, welche krank, gemahregelt oder ausgesperrt sind, und streikende Mitglieder dürfen als arbeitslose Mitglieder nicht mitgezählt werden.
Wir erwarten nun bestimmt, daß die Bevollmächtigten aller Zahlstellen unseres Verbandes ihre Pflicht erfüllen, und die grauen Statistikarten nicht allein gewissenhaft beantworten, sondern auch rechtzeitig einlösen werden.
Zahlstellen, die aus Versehen keine Karte erhalten haben, müssen dem Bureau sofort Nachricht geben.
Zahlstellen, die keine Karten einlösen, werden veröffentlicht.
Bremen. Der Vorstand.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. B. = Verbandsbeiträge, A. = Annoncen, P. = Protokolle, S. = Zurückgehalt.
12. Mai: Mühlh. B. 40.— 15. Mai: Bernau B. 12,50.
Deibelberg B. 80.— 16. Mai: Hamburg B. 100.— Voigenburg B. 30.—
Ostersheim B. 50.— 17. Mai: Reilingen B. 100.—
Johanngeorgenstadt B. 100.— Spremberg B. 150.—
Neuruppin B. 100.— Bernburg B. 230.— 18. Mai: Salzaufen B. 80.—
Burg b. Magdeh. B. 50.— Waldheim B. 400.—
Schönlante B. 100.— Guben B. 100.— Finsterwalde B. 400.—
Dresden B. 1000.— Neufriedland B. 70.— Berlin B. 200.—
19. Mai: Ronneburg B. 97,30. A. 70 J. P. 2.— Minden B. 250.—
Dresden B. 300.— 20. Mai: Burgund B. 200.—
Merseburg B. 45.— Dahlen B. 100.— 21. Mai: Herford B. 100.—
22. Mai: Wolfenbüttel B. 50.— Reine B. 40.—
Trebitz B. 250.—
Bremen, den 25. Mai 1914.
B. Nieder-Welland, Kassierer.

Adressen der Bevollmächtigten.
Gemein (4): 1. Bev. Heinrich Wund, Weiler Weg 17 a. Uberswalde (12): 1. Bev. Ernst Wabel, Paschenbergstr. 13. 2. Bev. Emil Raab, Hübnerstr. 8.
Beersleben (6): 2. Bev. Georg Hög, Eberbacherweg 26.

Arbeitsangebote.
Mehrere tüchtige und gute Widelmachern können in Dresden gute Arbeit bekommen. Nachfragen: Arbeitsnachweis Dresden, Josef Domeser, Ritzbergstr. 3, III.
Ein Zigarrenmacher, der selbst Widel macht, kann Arbeit in einer kleinen Stadt erhalten. Lohn 9 A bei freier Zurichtung. Nachfragen: Arbeitsnachweis Berlin, Wilhelm Tischbeiner, Dragonerstr. 6 a, II, vorn.

Mitglieder-Versammlungen.
Alle Mitglieder haben zu erscheinen!
Sonnabend, den 13. Juni.
Karlstraße: Ab. 8, Schwarzwalder Hof. L. D. wird dort bel. geg.

Hamburg-Altona.
Öffentliche Tabakarbeiterversammlung.
am Dienstag, dem 9. J. abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“ in Altona.
Tagesordnung: Die Vertretung einzelner Interessengruppen an der Arbeit für weitere Befestigung des Tabaks. Referent: Gauleiter Gabelberg.

Gestorben:
Am 11. Mai zu Hannover Karl Kirchner aus Berlin, 62 Jahre alt.
Am 15. Mai zu Bielen bei Nordhausen Friedrich Koch, 23 Jahre alt.
Am 22. Mai zu Verden Sophie Bue, geb. Otto, aus Halberstadt, 62 Jahre alt.
Am 22. Mai zu Danabüll Wilhelm Meute aus Wellerhausen, 64 Jahre alt.
Am 23. Mai zu Ohlau August Praste aus Ohlau, 67 Jahre alt.
Gere ihrem Andenken!

H

Horrend preiswerte Tabak-Offerten:

F

Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort Muster

Uckermärker No. 1810 blattig und reif 80 Pfg. versteuert	Holländer No. 2012 Prima Erdgut-Umblatt Mk. 1.— versteuert	Pfälzer No. 2020 Prima Bählerthaler-Umblatt Mk. 1.— versteuert	Rebut No. 2114 Prima Aufarbeiter Mk. 1.— versteuert	Geschnittene Einlagen:	
Losblatt rein überseeisch No. 1813 95 Pfg. verzollt	Domingo feiner La Vega No. 1812 95 Pfg. verzollt	Carmen alt und trocken No. 3105 Mk. 1.— verzollt	Havana Losblatt No. 3108 Mk. 1.80 verzollt	Yara-Cuba sauer No. 3110 Mk. 2.50 verzollt	Mexiko No. 3130 Mk 1.— verzollt
Brasil sauer, reif No. 2116 Mk. 1.50 verzollt	Rio-Grande Umblatt, sauer No. 2018 Mk. 1.35 verzollt	Sumatra- Umblatt, Vollblatt 3. Länge No. 3086 Mk. 1.40 verzollt	Mexiko-Decke feinstes St. Andreas-Gewächs, mausgrau und schwarzgrau, sehr deckfähige 1. Länge No. 3111 Mk. 5.50 verzollt		
Sumatra-Decke Dell My/A. Vollblatt 3. Länge, leicht, zart, schneeweisser Brand, vorzüglicher Linksroller No. 3071 Mk. 1.60 verzollt		Vorstenlanden-Decke Vollblatt 2. Länge, matt, leicht, gute Farben sehr deckfähig No. 1992 Mk. 1.60 verzollt			

Gebrauchte
Wickelformen
Riesenauswahl!
Billige Preise!

Heinrich Franck

Berlin N. 54
:: Brunnen-
straße Nr. 22

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1738 Telephon: Amt Norden 4352

Hermeking & Boy

Berlin, Brunnenstrasse 183

Versuchen Sie im eigenen Interesse unsere ganz vorzüglichen

Sumatra - Vollblatt - Decken

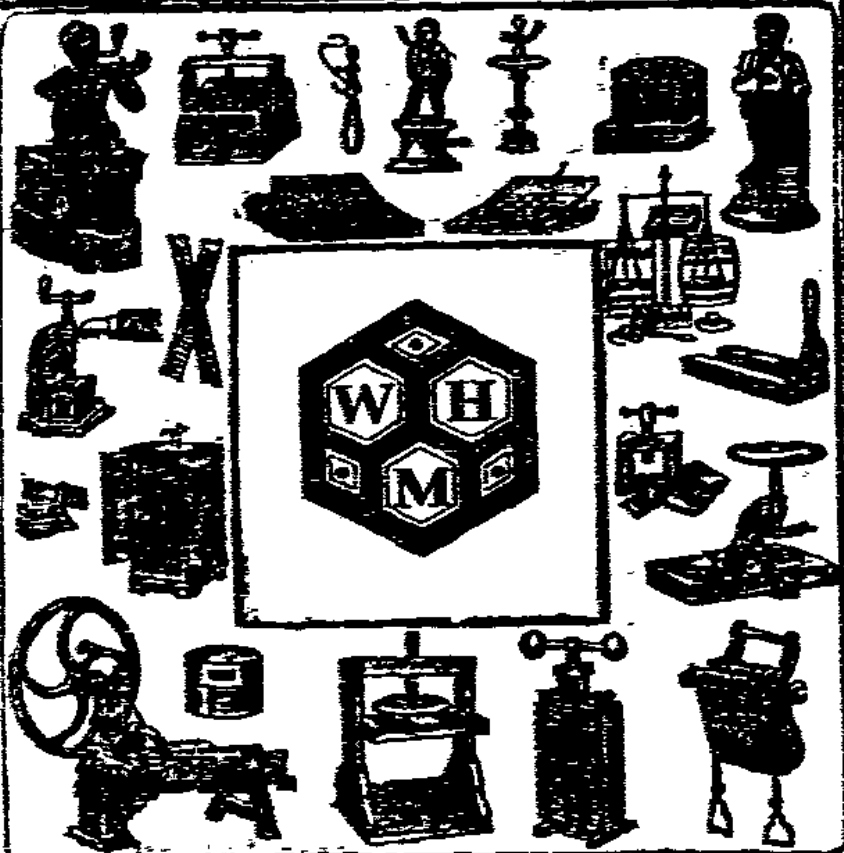
in den Preislagen von 230 bis 700 Pfg. pro Pfund verzollt, wenn Sie uns genaue Wünsche angeben, erhalten Sie einzelne gefeuchtete Typen gratis zugesandt.

Wir unterhalten auch grosses Lager in allen Arten

Umblatt- u. Einlage-Tabaken

und bitten, bei Bedarf unsere Offerten einzufordern.

Gebrauchte Wickelformen und Utensilien stets am Lager.



Wickelformenpressen von M. 7.75 an.
Pressbänder, unverwüstlich, per St. 70 &.
Rollbretter per Stück von M. 1.50 an.
Arbeitsmesser à 25 &. Traganth per
Pfd. M. 1.10, Amlac per Pfd. M. 1.75, Bündelband per 50 m 45 &.
Gebrauchte Formen von 20 Pfennig per Stück an.
Tüllen und Tüllmaschinen.
Küchelmaschinen, bewährte Modelle, Mk. 1.25.
Presskästen von M. —.80 per Stück an. Einschlagpapier, Etiketten in vielen Sorten.

J. Hermann Müller Berlin
Magazinstr. Nr. 14

Erstes Spezialhaus für Zigarrenfabrikations-Utensilien
Illustrierte Kataloge gratis und franko

Gebrauchte Wickelformen

in nur modernen, gern gekauften Fassons bietet Ihnen zu den niedrigsten Preisen

der soeben fertiggestellte

Musterbogen No 207

Versand auf Wunsch
sofort kostenlos

L. Cohn & Co.

Deutschlands grösstes Wickelformenlager
Berlin N, Brunnenstrasse 24

Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1, 9. [10

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft, bei Aufgabe von Ia. Referenzen. Versand nur gegen Nachnahme.

Unserm langjährigen Mitgliede August Richter zu seinem am 2. Juni stattfindenden 70. Geburtstag ein donnerndes Hoch. Weppe, halt die Ohren steif, einmal muß der Zukunftsstaat kommen. Die Mitglieder der Zahlstelle Würzen.

Unserm 1. Bev. Geinr. Gange zu seinem am 1. Juni stattfindenden 25jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Volzenburg.

Unserer Kollegin Anna Sachse nebst ihrem Bräutigam Paul Veit zu ihrer am 30. Mai stattfindenden Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Amdau.

Unseren beiden Kolleginnen Bertha Braun und Rosa Armbruster nebst ihren Bräutigamen zu ihrem am 30. Mai stattfindenden Hochzeitsfeste die besten Glückwünsche. Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Gengenbach.

Unserm Kollegen Gustav Bismele nebst seiner lieben Frau Ant. Bismele Kramer zu ihrer am 31. Mai stattfindenden silbernen Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche. Die organisierten Kollegen der Firma H. Klein, Opladen, Zahlstelle Köln.

Unserm Kollegen Anton van Doof nebst Frau zu ihrer am 31. Mai stattfindenden silbernen Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Firma Eschwerbrof, Warendorf.

Briefkasten.

Boizenburg 70 &
Gengenbach 80 &
Köln 80 &
Warendorf 60 &
Würzen 80 &

Der Einfluss der Arbeit auf die Qualität der Zigarre.

In einem mit dieser Ueberschrift versehenen Leitartikel beschäftigt sich in einer ihrer letzten Nummern die „Süddeutsche Tabakzeitung“. Die dort gemachten Ausführungen lassen sich wohl in den einen Satz zusammenfassen, daß die gleichen Sorten Tabak in vollkommener gleicher Mischung eine desto bessere und wertvollere Zigarre ergeben, je besser und technisch vollkommener sie verarbeitet werden. Als Beispiel hierfür wird die Handarbeit auf Habanna angeführt, bei welcher der Wickel aus übereinandergelegten Blättern besteht, welche gleichmäßig zusammengewickelt und dann sofort in das Deckblatt eingerollt werden. Zweifellos ist die obige Auffassung richtig. Die Luftkanäle verlaufen bei einer derartig hergestellten Zigarre senkrecht, der Verbrennungsprozeß wird dadurch günstig beeinflusst und die in dem Tabak befindliche Qualität kommt voll und ganz zur Geltung. Auch die Penals- und Dreiformenarbeit kommt dieser Verarbeitung ziemlich nahe. Leider, sagt nun die „Süddeutsche Tabakzeitung“, wird dagegen noch vielfach bei uns geübt, daß die Einlage beim Wickeln nicht genügend zerteilt, noch lang ausgestreckt, noch das Umblatt sachgemäß um die Einlage gewickelt wird. Man sollte meinen, daß die „S. T. Ztg.“ nun auch versuchen würde, die Gründe darzulegen, warum dies bei uns nicht der Fall ist. Aber weit gefehlt. Mit keinem Worte kommt sie darauf zu sprechen, sobald ich es einmal versuchen werde, das Veräumte nachzuholen. Vergewaltigen wir uns zunächst einmal den Werdegang der Wickel. Ich will bei meiner Betrachtung die Zigarren in niedrigen Preislagen vollständig ausschalten, da hier- bei infolge der Verarbeitung von Guß, Rippen und der erbärmlichen Bezahlung von sachgemäßer Verarbeitung des Tabaks nicht gesprochen werden kann. Zunächst kommt das Entrippen des Einlagetabaks in Frage. Schon beim Anseuchten lassen es die Fabrikanten resp. Meister schon an der genügenden Sorgfalt fehlen. Der Tabak wird den Rippen schon zum Abrippen gegeben, wenn er noch nicht richtig gezogen, d. h. die Feuchtigkeit sich noch nicht gleichmäßig auf den Tabak verteilt hat. Da ist es nun ganz selbstverständlich, daß das Tabakblatt, bevor der Stengel herausgerissen wird, nicht richtig ausgebreitet werden kann. Die Folge davon ist, daß die Einlage frans wird. Außerdem kommt hinzu, daß hierdurch den Rippen die Arbeit bedeutend erschwert wird, denn die Leute wollen doch verdienen. Und die Bezahlung ist meiner Ansicht nach das Wesentlichste bei der ganzen Sache. Bei der erbärmlichen Bezahlung für das Rippen, wie wir es noch zu verzeichnen haben, ist es gar nicht möglich, die genügende Sorgfalt dabei walten zu lassen. Es wird meistens im Afford gerippt und da sind die Löhne so niedrig gestellt, daß, wenn die Leute wenigstens etwas verdienen wollen, von einem sorgfältigen Rippen keine Rede mehr sein kann. Würden sich unsere Fabrikanten dazu verstehen, anstatt der Affordlöhne für die Ripper anständige Wochenlöhne einzuführen, so wäre schon ein guter Schritt auf dem Wege getan, es würde die Arbeit in verständiger und sinniger Weise gemacht.

Jetzt bekommen die Wickelmacher eine derartige Einlage zur Verarbeitung. Jeder Fachmann weiß, daß aus einer derartigen Einlage nicht ein Wickel hergestellt werden kann, der die Qualität des in ihm verarbeiteten Tabaks voll und ganz in die Erscheinung treten läßt. Die Einlage liegt kreuz und quer in dem Wickel zusammengeballt. Selbst wenn auch die Einlage einwandfrei gerippt wäre, könnten unsere Wickelmacher doch die Wickel nicht so machen, wie es richtig wäre. Es hindert sie die niedrige Entlohnung daran. Die Bezahlung ist bei uns eine derart niedrige, daß es unseren Wickelmachern ganz unmöglich ist, die Einlage genügend zu zerteilen, lang auszustrecken und das Umblatt sachgemäß um die Einlage zu wickeln. Ja, wie soll man es nur fertig bringen, bei der Beschaffenheit des Umblattes, wie es jetzt meistens zur Verarbeitung kommt, daselbe sachgemäß um die Einlage zu wickeln. Vielleicht vertritt die S. T. Ztg. einmal das Rezept. Also nicht die Arbeiter des Tabaks tragen die Schuld, sondern die Herren Fabrikanten mit ihren erbärmlichen Löhnen, daß bei uns der Tabak nicht einwandfrei verarbeitet wird, um die Qualität des Tabaks mehr hervortreten zu lassen. Wollen unsere Fabrikanten also, daß es in dieser Beziehung besser werde, dann müssen sie für besseres Material und vor allem für höhere Löhne sorgen, alsdann wird auch die Qualität des Tabaks nicht unter der Verarbeitung leiden. So lange dies nicht geschieht, werden auch keine wesentlichen Erfolge auf diesem Gebiete zu verzeichnen sein. Hohe Löhne garantieren eine gute Verarbeitung des Tabaks und somit auch eine Verbesserung der Qualität der Zigarren. Man muß aber leider noch konstatieren, daß man, anstatt die Löhne zu erhöhen, dieselben heruntersetzt. Da kann man sich ja dann nicht wundern, daß die Verarbeitung gleichen Schritts mit der Lohnhöhe hält, denn je nach Bezahlung wird auch die Arbeit geliefert. Dies sollte unseren Fabrikanten zu denken geben. W. Kr.

so unbedeutend, daß er praktisch kaum in Betracht kommt. Die Gesamtzahl der Mitglieder nahm nämlich von 48 457 am 1. Januar auf 48 620 am 31. Dezember 1913 zu, also um 163. In der Klasse der vollberechtigten Mitglieder ergab sich eine Abnahme von 40 373 auf 40 180. In der 20 Cents-Beitragsklasse, die nur die vom Beruf abgegangenen Personen umfaßt, trat eine Mitgliederzunahme von 6846 auf 7167 ein; die Zahl der 10 oder 15 Cents pro Woche zahlenden Mitglieder vermehrte sich von 1238 auf 1273. Das Ergebnis der Mitgliederbewegung ist also keineswegs zufriedenstellend. Wie sich die Mitgliederzahl seit 1909 gestaltete, als sie den höchsten Stand erreicht hatte, zeigt die folgende Uebersicht:

Jahr	Mitgl.-Zahl	Zu (+) oder Abnahme (-) überhaupt	pZt.
1909.....	51 577	—	—
1910.....	51 442	- 35	—
1911.....	49 972	- 1475	2,8
1912.....	48 457	- 1515	3,0
1913.....	48 620	+ 163	0,3

Ende 1913 war die Gesamtmitgliederzahl um 2957 oder 5,7 pZt. geringer als Ende 1909.

Die Zigarrenindustrie hat auch in Amerika unter unvernünftig hoher Besteuerung zu leiden, doch hat sie sich trotzdem fortwährend entwickelt; was eintritt, ist die langsame Verdrängung des handwerksmäßigen durch den fabrikmäßigen Betrieb und die Verbesserung des Verbandes sollten dieser Tatsache angepaßt werden, was bisher leider nicht geschah. Wie die Dinge jetzt liegen, ist es schwer, die Großbetriebe der Zigarrenindustrie für die Gewerkschaftsfrage zu gewinnen, aber es ist zu hoffen, daß bald eine Wendung zum Besseren eintreten und daß die Organisation nur wesentliche Fortschritte machen wird.

Bei der Gelegenheit soll bemerkt werden, daß die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften, die der Sonderzentrale Nordamerikas angeschlossen sind, im Verwaltungsjahre 1913 von 1 770 145 auf 2 054 526 stieg; 50 der Bundeszentrale fernstehende Verbände hatten 770 856 Mitglieder, so daß die Gesamtzahl der Organisierten nahe an drei Millionen heranreicht.

Das Ergebnis der Finanzgebarung des amerikanischen Zigarrenmacherverbandes im Jahre 1913 war ein bescheidener Vermögenszuwachs, doch ist zu bedenken, daß auch im letzten Jahre eine Sondersteuer von 1 Dollar (420 M.) pro Mitglied erhoben wurde. Die Einnahmen stellten sich auf 836 795 Dollar (oder 3 514 539 M.), die Ausgaben betragen 822 232 Dollar (oder 3 453 374 M.) und der Vermögensbestand stieg von 399 474 Dollar Ende 1912 auf 414 037 Dollar (oder 1 738 955 M.) Ende 1913. Der Gebahrungsbüchlein machte 14 563 Dollar oder 61 165 M. aus. Von Ende 1907 bis Ende 1912 ging der Vermögensstand ununterbrochen zurück. Vielleicht darf man es als gutes Zeichen auffassen, daß diesmal wenigstens ein kleiner Ueberschuß verblieb und das Vermögen dementsprechend wieder anstieg.

Von den Einnahmen stammten aus Beitrittsgebühren 14 999 Dollar (1912 11 128 Dollar), regelmäßigen Beiträgen 689 544 Dollar (1912 694 970 Dollar), Sondersteuern 46 588 Dollar (1912 46 106 Dollar), zurückgezahlten Darlehen 59 940 Dollar (1912 33 406 Dollar), Vermögenszinsen 8336 Dollar (1912 9352 Dollar) usw. Die Ausgaben für Unterstützungen stiegen von 557 357 Doll. 1912 auf 563 450 Doll. 1913; es wurden ausgegeben:

	1912 Dollar	1913 Dollar
Für Reisedarlehen	33 113	45 265
Arbeitslosenunterstützung	42 911	31 899
Krankengeld	204 776	196 558
Sterbegeld und Jndalidenabfindung	261 910	280 558
Streikunterstützung	12 647	8 877
Zusammen	557 357	563 450

Die Summe der am 1. Januar 1914 ausstehenden Reisedarlehen betrug 102 483 Dollar; ein erheblicher Teil davon wird gewiß nicht wieder zurückgezahlt. Diese Summe ist in dem oben angegebenen Vermögensbestand nicht inbegriffen.

Die 1912 und 1913 im Durchschnitt auf das Mitglied treffenden Unterstützungskosten stellen sich wie folgt:

	1912 Dollar	1913 Dollar
Arbeitslosenunterstützung	1.06	0.79
Krankengeld	4.34	4.16
Sterbegeld usw.	5.41	5.98
Streikunterstützung	0.30	0.21

Gestiegen sind 1913 nur die auf das Mitglied treffenden Kosten des Sterbegeldes und der Invalidenabfindung; bei den drei anderen Unterstützungsarten trat eine Verringerung des durchschnittlichen Erfordernisses ein.

Für die Zeit vom Oktober 1912 bis einschließlich September 1913 berichtete der Zigarrenmacherverband an die amerikanische Gewerkschaftszentrale, daß er 48 Streiks zu bestehen hatte, wovon 27 vollständig und 2 teilweise erfolgreich beendet wurden und drei verloren gingen; am Schlusse der Berichtszeit dauerten 16 Streiks noch an. Von den 3930 an den Streiks beteiligten Personen setzten 2845 ihre Forderungen ganz oder teilweise durch. In 21 Fällen wurden ohne vorhergegangene Arbeitseinstellung Kollektivverträge mit Unternehmern abgeschlossen.

Außer der Cigarmakers' International Union besteht in Amerika noch die Tobacco Workers' International Union of America mit dem Sitz in Louisville, Kentucky. In diesem Verband sind Rauch-, Kan- und Schnupftabakarbeiter

organisiert. Im Jahre 1913 betrug die Mitgliederzahl nur noch 3600, verglichen mit 4100 1910, 4800 1908, 5400 1905 usw.

Eine dritte amerikanische Tabakarbeitergewerkschaft ist die National Stogie Makers' League mit dem Sitz in Wheeling, West-Virginien. („Stogies“ sind kleine Zigarren.) Die Mitgliederzahl ist circa 1500. F.

Mitteilungen aus dem Beruf

Zum Tabakarbeiterstreik in Italien. Der Streik der Tabakarbeiterinnen in Italien ist in eine neue Phase getreten. Die Streikenden, 13 000 an der Zahl, sind durch ein Referendum befragt worden, ob sie den Streik fortzusetzen wüßten oder nicht, sie erklärten sich mit einer sehr starken Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks. Das Agitationskomitee wollte sich mit den Zugeständnissen des Ministers zufrieden geben, die sich auf die folgenden Punkte beschränkten: Erhöhung des Ueberstundenlohnes um 25 Prozent, Bewilligung einer Woche Ferien im Jahre, Wiedereinstellung aller Streikenden und Versprechen, nach Wiederaufnahme der Arbeit mit der Kommission zu verhandeln. Die Masse der Arbeiterinnen ist nun aber wieder mit den Zugeständnissen der Regierung, noch mit dem Beschluß ihres Agitationskomitees zufrieden und hat beschlossen, den Streik unter einem neu ernannten Komitee durchzuführen bis zur Erreichung aller Forderungen. Hoffentlich vermag das neue Streikkomitee die große Bewegung so zu führen, daß sie nicht durch Uebertreibungen und Ueberschätzungen der eigenen Kräfte zum Schaden der Arbeiterinnen ausschlägt.

Wie später berichtet wird, ist der Streik jetzt beendet. Mit welchem Resultat, ist uns leider noch nicht bekannt.

Generalversammlung des Gewerkschaftsverbandes der Zigarren- und Tabakarbeiter. Die Friedrich-Dundersche Organisation der Tabakarbeiter hat ihre 9. ordentliche Generalversammlung zum 17. August nach Freiberg i. B. einberufen. Außer mit den nötigen Formalitäten soll sich die Generalversammlung mit folgenden Sachen beschäftigen: 1. Rechenschaftsbericht des Hauptkassierers; 2. Bericht der Hauptrevisoren über die Kassenverwaltung des Gewerkschafts; 3. Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit des Gewerkschafts seit der letzten außerordentlichen Generalversammlung 1911; 4. Statutenänderungen und Erlebigen der Dringlichkeitsanträge; 5. Erlebigen etwaiger Beschwerden; 6. Bericht über Agitation; 7. Wahl des Vorstands, des Hauptvorstandes, der Hauptrevisoren, des Verbandsvertreter, der Zentralratsvertreter; Feststellung der Gehälter für die geschäftsführenden Beamten des Hauptvorstandes; Feststellung der Diäten.

Bewegungen im Beruf.

Potsdam. Mit der Firma Willkiesel wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Der Minimallohn wurde auf 9 M pro Woche bei freier Zurichtung festgesetzt.

Wittenberge. Der Tarifvertrag mit der Firma W. & S. ist infolge von Differenzen aufgehoben worden.

Ein Ruf an die Leipziger Kolleginnen und Kollegen.

Kollegen, Kolleginnen! Was ist zu einer gesunden Entwicklung unseres Verbandes, unserer Vereinigung zur Erhebung menschwürdiger Verhältnisse, gerechter Bezahlung der Arbeit, die Dauerbedingung? Erst einmal die Mitarbeit aller Mitglieder, und dann muß man wissen, was der Verband ist und will. Die Mitarbeit ist eine Pflicht; dazu gehört auch ein regelmäßiger Versammlungsbesuch. Wer dies nicht tut, vertritt also keine Pflicht, trägt zum Gedehien des Verbandes, des Organes, welches zu eben seine Interessen vertreten soll und vertritt, nicht bei und hindert dadurch jedes lebhafte Vordringen auf wirtschaftlichem Gebiete und ist sich damit selbst direkt zum Schaden. Jeder Mensch muß seinem Leben einen Zweck geben; nicht in alltäglichen, kleinen Handlungen, nicht in Nebenächlichem muß er seine Aufgabe sehen, nein, seiner Menschenwürde muß er sich bemüht werden, dafür sorgen und kämpfen, daß seine Würde nicht mit Füßen getreten wird. Daß man seine Kraft und Arbeit dem Wert nach bezahle und achte, das muß jeden Arbeiters Lebensaufgabe und Hauptzweck sein. Allein kann aber niemand etwas erreichen; der Verband muß alle vereinigen; aber nicht nur als zahlende Mitglieder der negetieren, sondern, wenn der Verband seinen Zweck erfüllen soll, muß jeder seine Pflicht tun. Also: Mitarbeit! Versammlungsbesuch!

Kolleginnen, Kollegen! Verbet euch eurer Rolle bewußt! Man hält uns für eine niedere Menschenklasse. Das gibt nur für Menschen, die keine Willen, keinen Lebenszweck haben. Zerreiße diese Anschauungen! Reibst es auch zu Herzen, weckt die schlummernden Kräfte und tut eure Pflicht!

Mit Traurigkeit erfüllen mich die Berichte, die den schlechten Versammlungsbesuch angeben und zugleich auch mit Scham. Wist ihr denn nicht, daß die meisten Fabrikanten den Tabak-Arbeiter Wsten? Müßen sie es nicht als Schwäche deuten und um so bewußter auf ihr Ziel loszurennen? Ich rufe nochmals, werdet euch eurer Pflicht bewußt, lernt dafür, daß die Unternehmer die Arbeitsherrschung achten! Ihr Wohlwollen muß auch das Blut wachen lassen und zu Taten begeistern. Nur etwas darüber: Was ist der Verband? Wenn ich diese Frage aufwerfe, so sind es die Beobachtungen, die ich in hiesiger Sortiererkation gemacht habe, die mich dazu zwingen. Seit der Verschmelzung mit den Tabakarbeitern ist fast keine Versammlung vergangen, ohne daß nicht immer und immer wieder hervorgerufen wurde, was durch die Verschmelzung für die Sortierer an Unterstützung verloren gegangen sei und daß von alten und tätigen Gewerkschaften dabei immer betont wird, daß es niemandem verdacht werden dürfte, wenn man nicht mehr zur Versammlung komme, da das Interesse fort sei. Ich habe immer gestimmt und mit mir, als müsse man auf das gefährliche Spiel, das da getrieben wurde, mit aller Deutlichkeit aufmerksam machen; aber ich kann nicht reden und ein anderer meldete sich nicht dazu, also würgte es mich um so mehr.

Also die Kollegen haben kein Interesse mehr, weil es weniger Krankengeld, überhaupt weniger Unterstützung gibt! Nun, ist da die Frage nicht berechtigt: Was ist der Verband? Wie wurde davon gebrochen, daß durch die Verschmelzung dem Unternehmertum eine geschäftliche Macht gegenübergestellt werden kann. So

Der amerikanische Zigarrenmacherverband im Jahre 1913

Nach einem drei Jahre währenden Mitgliederrückgang hatte der amerikanische Zigarrenmacherverband (Cigar Makers International Union) 1913 wieder eine geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Aber der Zuwachs war

